



# HPR aktuell

Redaktion: Reimund Höpfner

## Ausgabe Juli 2010

Besuch von Bundesfinanzminister Schäuble beim Hauptpersonalrat  
Seite 1

Gemeinschaftliche Besprechung über Planung, Steuerung und Ziele  
Seite 2

Zusammenfassung von Standorten der Sachgebiete  
Ahndung  
Seite 2

Dienstvorschrift  
Vollstreckungsstellen  
Seite 2

Service Desk Zoll in Chemnitz:  
Zustimmung zur Einrichtung  
Seite 2

Regelung der Probezeit bei Beamten auf Probe  
Seite 3

Ideenmanagement in der Bundesfinanzverwaltung  
Seite 3

Personalentwicklung der Tarifbeschäftigten in der Zollverwaltung  
Seite 3



Friedrichstraße 169-170  
10117 Berlin

Telefon: 030-4081-6600  
Telefax: 030-4081-6633  
E-Mail: [post@bdz.dbb.de](mailto:post@bdz.dbb.de)  
Internet: [www.bdz.dbb.de](http://www.bdz.dbb.de)

## Besuch von Bundesfinanzminister Schäuble beim Hauptpersonalrat



Dr. Wolfgang Schäuble, Dieter Dewes

Spontan und ohne große Vorankündigung hatten Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und der Vorsitzende des Hauptpersonalrats, Dieter Dewes, einen Besuch im Gremium vereinbart, der nun am 15. Juli 2010 stattfand. Der Termin diente dem näheren gegenseitigen Kennenlernen und einer kurzen Bestandsaufnahme zur Lage der Zollverwaltung.

In seiner Begrüßung unterstrich Schäuble seine hohe Meinung über die Zollverwaltung und die Qualität der Arbeit der Beschäftigten. Er hob hierbei auch die Bedeutung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit hervor, die als bundesweit zuständige kompetente Bundesbehörde operiere. Zoll und Finanzkontrolle Schwarzarbeit gehören nach Auffassung Schäubles zusammen.

Er ging in seinen Ausführungen auch auf den Koalitionsvertrag und damit auf die eingerichtete Expertenkommission zur Evaluation der Sicherheitsbehörden ein, die derzeit die Schnittstellen zwischen den einzelnen Behörden definiere. Klar

erkennen ließ er, welche Bedeutung er dem Zollkriminalamt beimisst. Schäuble betonte, in den ersten Monaten seiner Amtszeit habe er erfahren, wie viele Kompetenzen beim Zoll angesiedelt seien, die dort auch gut aufgehoben seien.

Aber auch Themen wie die derzeitige Planstellensituation und das Spar-konzept der Bundesregierung sprach Schäuble an. In diesem Zusammenhang erörterte er die schrittweise Einbringung der Planstellen aus der Anhebung der Obergrenzen in den Haushalt ab 2011.

Dewes griff Themen auf, die den Hauptpersonalrat derzeit beschäftigen und die zurzeit zwischen dem Hauptpersonalrat und den einzelnen Abteilungen und Referaten des Bundesfinanzministeriums verhandelt und behandelt werden.

Schäuble sicherte dem Hauptpersonalrat seine Bereitschaft zu, im Bedarfsfall eine gemeinschaftliche Besprechung über die entsprechenden Themen durchzuführen. Er betonte die Bedeutung der Personalvertretung für die Verwaltung und deren Beschäftigten. Schon als Bundesinnenminister habe er großen Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit der Personalvertretung gelegt, die er auch als Bundesfinanzminister fortsetzen werde.

Bearbeiter: Hecker

## Gemeinschaftliche Besprechung über Planung, Steuerung und Ziele

Zahlreiche aufgebrachte Kolleginnen und Kollegen hatten sich beim Hauptpersonalrat in umfangreichen Zuschriften und in zahlreichen Telefonaten beschwert, in denen sie eindringlich die als unhaltbar erlebte Situation in ihren Aufgabengebieten im Zusammenhang mit der Kosten- und Leistungsplanung (KLP) 2011 schilderten.

In der gemeinschaftlichen Besprechung wurde der Leiter der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung beim Bundesfinanzministerium, Hans-Joachim Stähr, mit der Erwartungshaltung der Beschäftigten konfrontiert, das „Management“ des Bundesfinanzministeriums müsse darauf reagieren und Abhilfe schaffen.

Aus dem Gremium wurde Stähr die Frage gestellt, ob im Bundesfinanzministerium die notwendigen Informationen für richtige Managemententscheidungen überhaupt vorlägen. Auch wurde die Befürchtung geäußert, dass Daten und Fakten im KLP-Prozess solange „porentief“ gereinigt worden seien, bis alle Ampeln auf Grün stehen könnten.

Stähr betonte die Notwendigkeit der KLP für einen zielgerichteten Personaleinsatz. Denn mehr Personalstelle der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages der Zollverwaltung mit Ausnahme von 200 Planstellen für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit zurzeit nicht zur Verfügung. Aufgabe der Bundesfinanz-

direktionen im KLP-Prozess sei es gewesen, die Zahlen in ein einheitliches Format zu bringen, nicht sie zu „frisieren“.

Zum Thema Mitarbeiterzufriedenheit bestätigte Stähr, dass die Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung eine erneute Mitarbeiterbefragung nicht aus den Augen verloren habe. Zunächst solle jedoch die Strukturreform, wie im Feinkonzept festgelegt, bis 2011 abgeschlossen sein. Unmittelbar danach werde eine bundesweite Mitarbeiterbefragung in der Zollverwaltung durchgeführt.

*Bearbeiter: Höpfner, Eberle*

## Zusammenfassung von Standorten der Sachgebiete Ahndung

Das Bundesfinanzministerium hatte die Bundesfinanzdirektionen aufgefordert, bis zum 30. Juni 2010 Konzepte zur mittel- bis langfristigen Zusammenlegung von bisherigen Ahndungsstandorten vorzulegen. Derzeit erfolgt im Referat III A 5 beim Bundesfinanzministerium

die Auswertung der Berichte. Anschließend ist eine Erörterung mit den Bundesfinanzdirektionen vorgesehen, welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt konkret in die Wege geleitet werden. Das Bundesfinanzministerium stellte gegenüber dem Hauptpersonalrat klar, dass es keine

Vorgabe für eine Beschränkung auf einen Standort pro Hauptzollamt gegeben hatte, also auch künftig mehrere Ahndungsstandorte in einem Hauptzollamtsbezirk möglich sein werden.

*Bearbeiter: Höpfner*

## Dienstvorschrift Vollstreckungsstellen

Die Stellungnahmen der beteiligten Personalvertretungen zum Entwurf der Dienstvorschrift Vollstreckungsstellen sind dem Bundesfinanzmini-

sterium zur fachlichen Analyse übersandt worden. Der Hauptpersonalrat hatte das Bundesfinanzministerium um Prüfung gebeten, inwieweit die

Hinweise in die endgültige Fassung der Dienstvorschrift noch aufgenommen werden können.

*Bearbeiter: Höpfner*

## Service Desk Zoll in Chemnitz: Zustimmung zur Einrichtung

Das Bundesfinanzministerium beantragte beim Hauptpersonalrat, am Standort Chemnitz ein Service Desk Zoll als Teil der Zentralen Auskunft des Referates Informations- und Wissensmanagement Zoll des Bildungs- und Wissenschaftszentrums einzurichten. Es sollen dort münd-

liche und schriftliche Auskünfte an Anwender und Nutzer zu fachlichen Fragen insbesondere zu den IT-Anwendungen EMCS und ATLAS-Internetzollanmeldung erteilt werden. Hierdurch wird der bestehende Service Desk des ZIVIT von entsprechenden Fragen entlastet. Der

Hauptpersonalrat hat der Einrichtung der Auskunftsstelle insoweit zugestimmt. Die noch folgenden personellen Maßnahmen unterliegen einer gesonderten personalvertretungsrechtlichen Beteiligung.

*Bearbeiter: Höpfner*

## Regelung der Probezeit bei Beamten auf Probe

Das neue Dienstrecht beinhaltet auch eine Neuregelung zur Probezeit. Für den gesamten Geschäftsbereich hat das Bundesfinanzministerium den ersten Entwurf eines Erlasses zur Regelung

- der Dauer der Probezeit und der Anrechnungszeiten,
- der Gestaltung der Probezeit und der Verwendungsbereiche,
- der Probezeitbeurteilung und
- der Feststellung der Bewährung

erstellt und dem Hauptpersonalrat zugeleitet. Der Hauptpersonalrat wird den nachgeordneten Bereich hierzu um Stellungnahmen bitten und diese dann mit dem Bundesfinanzministerium erörtern.

*Bearbeiter: Hecker*

## Ideenmanagement in der Bundesfinanzverwaltung

Der Hauptpersonalrat hatte mit dem Bundesfinanzministerium am 21. April 2010 eine Dienstvereinbarung zum Ideenmanagement in der Bundesfinanzverwaltung mit einer dreimonatigen Übergangsfrist abgeschlossen. Zum 21. Juli 2010 treten nunmehr die neuen Regelungen in Kraft. Jeder Beschäftigte kann dann ohne Einhaltung eines Dienstweges

seine Ideen auf einem im Intranet eingestellten Vordruck unmittelbar dem für seine Dienststelle zuständigen Ideenmanagement vorlegen. Für den besten Verbesserungsvorschlag, der in der Zeit vom 21. Juli bis 30. September 2010 eingereicht wird, hat das Bundesfinanzministerium neben der neuen Prämienregung aus der Dienstvereinbarung eine Sonder-

prämie in Höhe von 1 000 Euro ausgelobt. Das Motto lautet: „Einfach eine gute Idee“. Die Preisübergabe für die Siegerin oder den Sieger wird – verbunden mit einer Dienstreise nach Berlin – im Bundesfinanzministerium stattfinden.

*Bearbeiter: Eberle*

## Personalentwicklung der Tarifbeschäftigten in der Zollverwaltung

Mit Erlass vom 2. Juli 2010 hat das Bundesfinanzministerium der befristeten Übernahme von Fachangestellten für Bürokommunikation auf Grundlage einer bundesweiten Liste zugestimmt. Insbesondere die Hauptzollämter Braunschweig, Erfurt, Hannover, Heilbronn, Kiel, Saarbrücken, Stuttgart und Nürnberg, das Zollkriminalamt sowie das Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung können jetzt entsprechende freie Arbeitsplätze besetzen. Die Auswahl der Bewerber richtet sich nach der Note der Abschlussprüfung (Note:

mindestens befriedigend) und nach der persönlichen Eignung. Des Weiteren können die Auszubildenden im Rahmen einer Neigungsbekundung für bis zu drei der angebotenen Arbeitsplätze – gewichtet nach Priorität – ihr Interesse bekunden. Zuständig für die Auswahl sind die Bundesfinanzdirektionen, das Zollkriminalamt sowie das Bildungs- und Wissenschaftszentrum. Die Personalvertretungen sind im Rahmen des Bundespersonalvertretungsgesetzes zu beteiligen. Für den Hauptpersonalrat ist diese Übernahme ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Zukünftig sollten aber noch mehr Dienststellen von der Möglichkeit entsprechende Arbeitsplätze befristet zu besetzen Gebrauch machen können. Im Hinblick auf die Einführung einer Ausschreibungsrichtlinie für Tarifbeschäftigte (ARZV-TB) sind weitere Gespräche mit den zuständigen Referaten im Bundesfinanzministerium vorgesehen. Aus Sicht der Tarifgruppe im Hauptpersonalrat gibt es zurzeit keine Alternative zur Einführung einer ARZV-TB.

*Bearbeiter: Knechtel*